

Bundesvertretertag 2022 **Moin Moin Hamburg!**

6

mit dbb seiten

MAGAZIN

Juni 2022 • 72. Jahrgang



➤ Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nun sind die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gelaufen und in beiden Bundesländern deuten sich neue bzw. veränderte Mehrheiten an. Die Medien sprechen bereits von Modellen für den Bund – warten wir das mal in Ruhe ab, denn dort haben wir ja erst seit einigen Monaten eine neue Bundesregierung.

Das Bundesverfassungsgericht hat erneut zugunsten kinderreicher Familien entschieden, diesmal nicht im Zuge eines Urteils zur Besoldung und zum Alimentationsprinzip, sondern bei der entsprechenden Berücksichtigung der Zahl der Kinder in der Beitragsbemessung zur Pflegeversicherung. Es bleibt bei unserer berechtigten Forderung an das Bundesinnenministerium, endlich einen rechtskonformen Vorschlag für eine amtsangemessene Alimentation vorzulegen. Eine ernsthafte Vorlage beschäftigt sich zwingend mit der Besoldungsstruktur und nicht nur mit Zulagenregelungen.

Seit vielen Monaten bereiten wir mit unseren Gremien und vor allen Dingen dem Organisationsteam aus Bundesgeschäftsstelle und Hauptstadtbüro den diesjährigen Bundesvertretertag der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte vor.

Das Ziel wird erstmalig in der Geschichte des vbob nicht das Rheinland mit Bonn oder die Spree mit Berlin, sondern die Elbe und Hamburg sein. Mit Hochdruck werden zurzeit die letzten Absprachen zu den Vorbereitungen mit den Dienstleistern getroffen. Dieser Bundesvertretertag ist auch in der Durchführung etwas Besonderes, ist er doch der erste papierlose, also digitale. Wer sich wie der vbob mit attraktiver Arbeit in einer digitalen Zukunft auseinandersetzt, der muss das auch bei der Durchführung des wichtigsten Gremiums tun. Statt mit Papier ist der Zugang zu den Informationen nun per Link und QR-Code möglich. Dass das für die Delegierten Veränderung bedeutet, zeigt die gestiegene Zahl an Rückfragen an die beiden Büros. Inzwischen haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Bundesvertretertag die Einwahldaten erhalten und können sich mit den Tagungsunterlagen in der „virtuellen Mappe“ beschäftigen.

Was macht der Bundesvertretertag, wer kommt da zusammen und welche Schwerpunkte werden dort bearbeitet? Dazu lesen Sie den Leitartikel dieses Magazins.

Rechtzeitig vor Ablauf der vierjährigen Amtszeit ist es uns nach Lockerungen der Coronaauflagen ebenfalls gelungen, die Runde der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des vbob auch einmal in Präsenz einzuladen. Am 6. und 7. Mai 2022 fand das erste Mandatsträgerseminar in Siegburg statt. Die über 50 Anwesenden sind Mitglieder in Personalräten, Gesamt- und Hauptpersonalräten oder Gleichstellungsbeauftragte bzw. Schwerbehindertenvertrauenspersonen. Zum Inhalt des Seminars und der Vernetzungsmöglichkeit lesen Sie bitte den Bericht in dieser Ausgabe.

Inzwischen hat der vbob auch seine Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage abgegeben. Darin haben wir zum einen die Maßnahme für die Polizei begrüßt, zum anderen aber deutlich begründet, warum die Ruhegehaltfähigkeit der (Nachrichtendienst-)Zulage dabei ebenfalls Berücksichtigung finden muss. Die Forderung ist auch durch den dbb unterstützt worden, und erste Signale aus dem Deutschen Bundestag deuten darauf hin, dass es Unterstützung aus dem Innenausschuss für die vbob Position geben wird.

Es bleibt weiter spannend, wir werden über den Ausgang unterrichten.

Eine ereignisreiche Amtszeit neigt sich nun dem Ende zu. In Hamburg werden die Karten neu gemischt. Die inhaltliche Aufstellung des vbob wird uns im Rahmen der Diskussionen und Abstimmungen zu den Anträgen gelingen, die Rahmenbedingungen für eine gute Tagung stimmen. Für die nächste Ausgabe des Magazins bereiten wir einen Schwerpunkt Nachlese Bundesvertretertag in Hamburg vor. Dann werden wir Ihnen auch die gewählten Mitglieder der Gremien des vbob für die nächsten fünf Jahre vorstellen.

Ich möchte mich im letzten Magazin dieser Amtsperiode gerne bei allen bedanken, die den vbob tatkräftig unterstützen. Dazu gehören neben allen Mitgliedern und den Kolleginnen und Kollegen in unseren Gremien vor allen Dingen unsere Beschäftigten. Ohne sie, in alphabetischer Reihenfolge Anne Hoffmann im Hauptstadtbüro, Beatrix Rörig in der Mitgliederverwaltung und Gabriele Ruppert in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn, wäre meine Arbeit ebenso wie die ehrenamtliche Arbeit so vieler Mitglieder des vbob nicht durchführbar.

Mein Dank gilt stellvertretend für den Bundesvorstand auch allen Mitgliedern der vbob Familie, ohne Sie und Ihre Unterstützung wäre die Arbeit im vbob nicht möglich.

Bleiben Sie Ihrem vbob auch in der nächsten Amtsperiode gewogen!

Beste Grüße

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> Bundesvertretertag 2022: Der vbob stellt sich neu auf	4
> Seminar des vbob: Mandatsträgerseminar ein voller Erfolg	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> dbb bundesjugendtag 2022: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.	12

> dbb	
> Nachrichten	13
> Joachim Herrmann, Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK)	14
> Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): „Bleiben Sie ruhig, bleiben Sie wachsam!“	16
> Alexander Handschuh, Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)	20
> Höchste Zeit für Experimente!	21
> SPRIND in Leipzig: Der Staat als Innovationstreiber – geht das?	22
> Gemeinsames Krisenpaket als Zeichen	24
> Sozialwahlen 2023	27
> 19. dbb bundesjugendtag: Grundlegende Modernisierung für den öffentlichen Dienst	28
> Hauptversammlung: 60 Anträge für den Gewerkschaftstag	31
> Studie: Familienpolitik vernachlässigt Alleinerziehende	32
> Pilotprojekt Online-Betriebsratswahlen	41
> Zensus 2022: Grundlage für demokratische Prozesse	44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** Hagen Immel, AdobeStock, Marco Urban, Fotolia. **Titelbild:** engel.ac/stock.adobe.com

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 39,50 Euro zzgl. 7,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,40 Euro zzgl. 1,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63 (dbb magazin) und Preisliste 42 (vbob Magazin),** gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage dbb magazin:** 553 921 (IVW 1/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Attraktive Arbeit Digitale

© Gabriele Ruppert, DEKU-Werbung, antishock, Gunter Albrecht, stock

Bundesvertretertag 2022

Der vbob stellt sich neu auf

Das höchste Gremium des vbob, der Bundesvertretertag, tagt vom 20. bis 22. Juni in Hamburg. Nach den Veranstaltungen 2014 in Potsdam und 2018 in Berlin sagen die Delegierten 2022 im Congress Center Hamburg (cch): Moin Moin Hamburg.

Bislang alle vier Jahre tagt der Bundesvertretertag und stellt die Weichen für die Zukunft des vbob. Der Bundesvertretertag, das sind die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Vorsitzenden der Fachgruppen und die Delegierten der Fachgruppen in Abhängigkeit von der Mitgliederzahl.

Der Bundesvertretertag in Zahlen:

- > 46 teilnehmende Fachgruppen
- > 142 Delegierte

Dazu

- > 10 Gastdelegierte
- > 4 Ehrevorsitzende bzw. -mitglieder

Im Mittelpunkt des Bundesvertretertages stehen neben der Bilanz der Arbeit der vergangenen vier Jahre die organisatorische, personelle und politische Ausrichtung für die Zukunft. Dabei stellt sich der vbob den aktuellen Chancen und Herausforderungen der Bundesverwaltung. Die Digitalisierung gilt es in Bezug auf die Rahmenbedingungen für Tarifbe-

Zeit Zukunft

BUNDESVERTRETERTAG
2022



© cch (2)

> Verantwortlich für die Pressearbeit

Dr. Robert Mühle,

langjähriges vbob Mitglied, ehemaliger FG-Vorsitzender und PR-Vorsitzender im Bundespresseamt, danach dort u. a. Leiter der Zentralabteilung, seit Anfang des Jahres selbstständig tätig.



© Dr. R. Mühle



schäftigte, Beamtinnen und Beamte in der stark veränderten Arbeitswelt nach der Pandemie aktiv im Interesse der Kolleginnen und Kollegen zu gestalten.

Die Ablaufplanung wurde im Vergleich zu bisherigen Bundesvertretertagen verändert. Der Montag steht ganz im Zeichen der Diskussion. Nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Frank Gehlen werden der Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, der parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin des Inneren und für Heimat, MdB Johann Saathoff, und der dbb Chef Ulrich Silberbach Grußworte sprechen. Im Anschluss daran folgt eine Podiumsdiskussion zwischen Professor Dr. Wilhelm Bauer vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart, Professor Dr. Karlheinz Sonntag von der Universität Heidelberg und Frau Dr. Anita Tisch von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeits-

medizin sowie dem Bundesvorsitzenden Frank Gehlen.

Nach der Podiumsdiskussion gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesvertretertages mit den Podiumsgästen in getrennte Workshops, um die Diskussion zu vertiefen sowie im Anschluss daran die Diskussionsergebnisse im Plenum vorzustellen.

Danach endet der erste Tag des diesjährigen Bundesvertretertages in Hamburg für die Teilnehmenden.

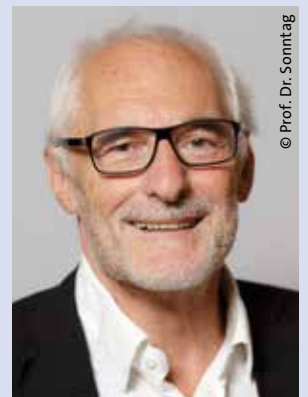
Der Dienstagvormittag steht im Zeichen des Berichts des Bundesvorstandes, des satzungsändernden Antrages und der Wahlen. Den Delegierten wurden im Vorfeld umfangreiche Unterlagen elektronisch zur Verfügung gestellt. Darunter auf über 60 Seiten der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. Dieser bietet den Delegierten einen kompakten und umfänglichen Überblick über die Aktivitäten und Er-

> Vita

Prof. Dr. Karlheinz Sonntag

ist Seniorprofessor an der Universität Heidelberg in der Abteilung Arbeitsforschung und Organisationsgestaltung. Die Forschungsschwerpunkte des Arbeitspsychologen liegen in der humanen und gesundheitsförderlichen Gestaltung hybrider Arbeitsformen (Präsenz und Homeoffice), in der digitalen Transformation, der Analyse des Führungsverhaltens in organisationalen Veränderungsprozessen, der Potenzialanalyse (älterer) Erwerbstätiger, der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz.

Er ist Leiter des wissenschaftlichen Begleitvorhabens MEgA zum BMBF-Förderschwerpunkt „Präventive Maßnahmen für die sichere und gesunde Arbeit von morgen“ (Phase I: Wirtschaft und Dienstleistung ; Phase II: Bundesverwaltung).



© Prof. Dr. Sonntag

folge des gewerkschaftlichen Handelns des vbob in den vergangenen vier Jahren.

Der Bundesvorstand wird durch die Wahlen sein Gesicht

verändern. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Sascha Titz, der Beisitzer Christian Maas sowie der Bundesjugendvertreter Thomas de Greeff haben erklärt, nicht zur Wiederwahl



> Vita

Dr. Anita Tisch

ist Leiterin der Fachgruppe „Arbeitszeit und Organisation“ im Fachbereich „Arbeitswelt im Wandel“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). In ihrem Verantwortungsbereich liegt die konzeptionelle Weiterentwicklung der Forschung von gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen arbeitsorganisatorischen und technologischen Wandels sowie der Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort. Darüber hinaus ist sie Expertin für die Erhebung und Auswertung großer Umfragedaten im Kontext Arbeit und Gesundheit. In der BAuA ist sie außerdem verantwortlich für das Schwerpunktprogramm „Sicherheit und Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt“.



© Dr. Tisch

auf dem Bundesvertretertag anzutreten. Die Delegierten wählen eine Bundesleitung, die aus einer/einem Bundesvorsitzenden, drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden, der Schatzmeisterin/dem Schatz-

meister und dem/der Rechtsschutzbeauftragten besteht. Die Bundesleitung wird für die Führung der laufenden Geschäfte verantwortlich sein. Der neue Bundesvorstand wird neben der Bundesleitung mit

vier Beisitzerinnen/Beisitzer, der Bundesfrauenvertreterin, der Bundesjugendvertreterin/dem Bundesjugendvertreter sowie der Vertreterin/dem Vertreter der Mitglieder im Ruhestand komplettiert. Die Personenzahl des Bundesvorstandes bleibt mit 13 Mitgliedern unverändert.

Neben den zwei Rechnungsprüfern und dem Vorsitz sowie der Stellvertretung für das Schiedsgericht stellen sich die drei Vertreter der Finanzkommission dem Bundesvertretertag zur Wahl.

Auf dem Bundesvertretertag werden neben den personellen Entscheidungen die Weichen für die politische Ausrichtung der kommenden Amtszeit gestellt. Gemäß dem Motto „Attraktive Arbeit – Digitale Zukunft“ befasst sich der Leitantrag des Bundesvorstandes mit den (Heraus-)For-

> Vita

Prof. Dr.-Ing. Prof. e. h. Wilhelm Bauer

führt als geschäftsführender Institutsleiter eine Forschungsorganisation mit etwa 700 Mitarbeitenden. Er verantwortet dabei Forschungs- und Umsetzungsthemen in den Bereichen Innovationsforschung, Technologiemanagement, Digitalisierung, Leben und Arbeiten in der Zukunft sowie Smarter Cities. Als Mitglied in verschiedenen Gremien berät er Politik und Wirtschaft. Prof. Bauer ist Autor von mehr als 450 wissenschaftlichen und technischen Veröffentlichungen. An den Universitäten Stuttgart und Hannover ist er Lehrbeauftragter. Prof. Bauer erhielt die Ehrung des Landes Baden-Württemberg als „Übermorgenmacher“.



© Prof. Dr. Bauer

derungen der Gestaltung der Digitalisierung der Bundesverwaltung unter den Erfahrungen aus der Pandemie und vor dem Hintergrund der zwingend notwendigen wettbewerbsfähigen Gestaltung der Arbeitsbedingungen in der Bundesverwaltung. Der Prozess der Digitalisierung wird sich auf alle Arbeits- und Lebensbereiche erstrecken. Der frühzeitigen Erkennung und zukunftsorientierten Gestaltung der Folgen für Menschen

und Aufgaben in der Bundesverwaltung gilt das Hauptaugenmerk im Leitantrag.

Die Delegierten werden am Dienstag ebenfalls über die insgesamt 240 Anträge entscheiden. Die Beratung wird vollumfänglich mit allen Delegierten geführt. Dies ermöglicht auch den kleinen Fachgruppen mit einem oder zwei Delegierten die Teilnahme an allen Diskussionen und damit eine größere Transparenz für alle Beteiligten.

Über die Hälfte der vbob Fachgruppen bringt sich aktiv mit Anträgen an den Bundesvertretertag in die Ausrichtung des vbob für die kommenden fünf Jahre ein. Einerseits spiegelt sich in den Anträgen die Vielfalt von Modernisierungs- und Veränderungswünschen, andererseits wird aber auch deutlich, in welchen Bereichen in den vergangenen Jahren kaum oder keine Bewegung herrschte. Von wiederum zahlreichen Antragstellern wird die Rückführung der Erhöhung der wö-

chentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten weiterhin gefordert.

> Der Bundesvertretertag in den sozialen Medien

Verfolgen Sie den Bundesvertretertag 2022 im Netz auf unserer Website unter www.vbob.de oder bei Facebook über den Hashtag **#vbob2022**.

Wir freuen uns natürlich, wenn Sie uns auch darüber hinaus dauerhaft auf unserer Facebook-Seite folgen. *fg*



> Ausgeschieden ist nach langjährigem Vorsitz der Fachgruppe Luftfahrt und als Mitglied des Bundeshauptvorstandes Werner Sevenich. Aus Anlass der Auszählung der Briefwahlunterlagen für seine Nachfolge in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn dankte Bundesvorsitzender Frank Gehlen für seinen Einsatz im vbob mit einer Ehrenurkunde und einem Präsent.

© vbob

Seminar des vbob

Mandatsträgerseminar ein voller Erfolg

Am 6. und 7. Mai 202 trafen sich über 50 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf Einladung des vbob in Siegburg zum ersten Präsenzseminar.

Nach der Anreise aus ganz Deutschland sowie einer Stärkung begann die Veranstaltung mit einer Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Frank Gehlen, der die zwei Tage moderierte.

Als erste Vortragende stellte Claudia Heinrichs, Mitglied des Bundesvorstandes, die Änderungen nach dem novellierten Bundespersonalvertretungsgesetz vor und diskutierte sodann mit den Personalrätinnen und Personalräten, den Gleichstellungsbeauftragten der Behörden sowie den Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Menschen über die praktischen Auswirkungen sowie weitere Veränderungsvorschläge bzw. Verbesserungsideen aus der Praxis. Dabei stellte sich schnell heraus, wie unterschiedlich die Praxis der Arbeit der Ehrenamtler in den jeweiligen Behörden ausfällt und wie heterogen die Meinungen zu den einzelnen Sachverhalten ausfallen können. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen in den Behörden stark variieren.

Der zweite Block befasste sich mit der internen Struktur und dem Aufbau des vbob sowie den Mitgliedsvorteilen durch die Kooperationspartner. Stephan Teschner konnte den Anwesenden den langjährigen Partner BBBank vorstellen und deren Nachhaltigkeitsidee präsentieren. Im Anschluß daran trug Manfred Becker aus dem BMUV zur Frage der Veränderungen bei den Beschäftigungsbedingungen durch die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung vor. Ein spannender Vortrag, der Raum für Diskussion und Fragen rund um das politisch, gesellschaftlich



> Claudia Heinrichs während ihres Vortrags zur Novellierung des BPersVG

und eben auch gewerkschaftlich relevante Thema und die Folgen für das Tarifrecht sowie Berufsbilder in der Bundesverwaltung bot. Herr Becker hatte ebenso viel Spaß an der Diskussion und hätte sicher gerne noch weiteren Raum dafür gegeben, wurde allerdings durch die Zeitvorgabe zum gemeinsamen Abendessen begrenzt. Den Abschluss des ersten Tages bildete ein gemeinsamer

Abend mit vielen Gesprächen unter den vbob Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Am nächsten Tag startete das Seminar mit der Frage der weiteren Zukunftsthemen insbesondere in der gewerkschaftlichen Arbeit sowie der Rolle des vbob im Dachverband dbb. Hier stellte Frank Gehlen beispielsweise die über die Mitgliedschaft im vbob Bundes-

vorstand verknüpfte Zugehörigkeit in dbb Gremien wie z. B. die dbb Bundesfrauenversammlung oder den dbb Bundessenorenrat sowie die Vorstandsgremien des dbb vor. Spannend verlief auch die Diskussion zu den Erwartungen der Mandatsträger an ihre Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ab. Hier konnte zum einen ein hoher Grad an Zufriedenheit mit der Themensetzung des vbob festgestellt und zum anderen noch Hinweise auf Ergänzung in den Themenfeldern eingeholt werden.

Die Vorstellung des bevorstehenden Bundesvertretertages im Juni in Hamburg sowie die daran geknüpfte Aufstellung für die Zukunft bildete den Abschluss der Veranstaltung. Zum Ende hin äußerten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr zufrieden über die Tagung, Tagungsort, Inhalte und das Kennenlernen untereinander.

fg



© vbob (2)

Kommentierte Pressestimmen

Die Jugendorganisation des dbb beamtenbund hat einen neuen Vorsitzenden gewählt und sich für grundlegende Modernisierungen des öffentlichen Dienstes starkgemacht. An der Spitze der dbb jugend steht fortan Matthäus Fandrejewski. Der 32-Jährige forderte nach seiner Wahl auf dem dbb bundesjugendtag in Berlin das Ende jahrzehntelanger Sparpolitik der Arbeitgeber und ein „Update“ für den öffentlichen Dienst. Fandrejewski ist bereits Vorsitzender der Jugendorganisation des europäischen dbb Dachverbands CESI. Als neuer Chef der dbb jugend folgt er auf Karoline Herrmann.

„Verhandler bitten Minister um Umsetzung neuer GOÄ, erste Details offengelegt“, Ärzteblatt, Ausgabe vom 4. Mai 2022. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat einer neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) zuletzt wenig Chancen eingeräumt. Die Bundesärztekammer (BÄK), der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) und der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) haben sich nun erneut an den Minister gewandt. In einem Schreiben an Lauterbach, auf das sich die o. a. Zeitung bezieht und dieser vorliegt, appellieren BÄK-Präsident Klaus Reinhardt, PKV-Verbandsdirektor Florian Reuther und der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach eindringlich an den Minister, die GOÄ umzusetzen. Lauterbach hatte dem Deutschen Ärzteblatt im Interview gesagt, er werde sich einen Entwurf für eine neue GOÄ anschauen. Man werde in dieser Legislaturperiode aber nichts machen, was das Verhältnis von PKV zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

„Fortschritt besteht wesentlich darin, fortschreiten zu wollen.“

(Lucius Annaeus Seneca, genannt Seneca der Jüngere, römischer Philosoph, Dramatiker, Naturforscher, Politiker und als Stoiker einer der meistgelesenen Schriftsteller seiner Zeit)

verschieben würde. „So haben wir es im Koalitionsvertrag beschlossen. Und daran halte ich mich“, sagte der Minister. Aus seiner Sicht sei es „kaum möglich, eine Reform der GOÄ vorzunehmen, die dieses Verhältnis nicht berühren würde“. Ärzte und Verhandlungspartner der GOÄ haben dafür wenig Verständnis. Eine Nichtumsetzung der GOÄ-Novelle würde die bestehenden Probleme mit der alten GOÄ „weiter verschärfen und schließlich in einer praktischen Nichtanwendbarkeit der noch gültigen GOÄ münden“, heißt es dazu in dem Schreiben an den Minis-

ter. Ein Grund für die zunehmenden Probleme ist, dass die derzeit gültige GOÄ im Wesentlichen aus dem Jahr 1982 stammt und zuletzt 1996 nur in Teilen erneuert worden ist. Für Patientinnen und Patienten, Krankenversicherer, Beihilfe und Ärztinnen und Ärzte führt das zu großen Verunsicherungen, unnötigen Rechtsstreitigkeiten und enormer Bürokratie, wie die Verhandler und Verhandlerinnen ausführen. Die GOÄ ist eine in der Bundesärzteordnung begründete Rechtsverordnung, ihre Novellierung fällt in die Zuständigkeit des Bundes-

gesundheitsministeriums. Im Gegensatz zu den Gebührenordnungen anderer Freier Berufe wurde sie seit Jahrzehnten nicht an den Stand der Medizin angepasst. Gemäß der Beschlusslage des Deutschen Ärztetages hat die Bundesärztekammer in den vergangenen Jahren unter Einbeziehung von 165 ärztlichen Berufsverbänden und wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung einen in wesentlichen Teilbereichen abgestimmten Entwurf einer neuen GOÄ erarbeitet. Das liegt demnach unter anderem daran, dass die derzeitige GOÄ weder die Dynamik des ärztlichen Leistungsspektrums noch die aktuelle Kosten- und Preisentwicklung abbildet. Dadurch könnten nicht im Gebührenverzeichnis enthaltene Leistungen nur mithilfe von sogenannten Analogziffern, entsprechend einer nach Art, Kosten und Zeitaufwand gleichwertigen Leistung, abgerechnet werden. Diese Art der Leistungsabrechnung ist für Patientinnen und Patienten



vollkommen intransparent und unverständlich. Eine Rechnungsprüfung begründe einen für alle Beteiligten enormen bürokratischen Aufwand. Ärzte, PKV-Verband und dbb weisen darauf hin, dass die neue GOÄ es allen Beteiligten künftig leichter machen könnte. So seien die modernen ärztlichen Leistungen inklusive der Innovationen in dem Entwurf der neuen GOÄ in eigenständigen Gebührenpositionen beschrieben. Analoge Abrechnungen würden durch die Novellierung nur noch in Ausnahmefällen neuer, noch nicht bekannter Leistungen zur Anwendung kommen müssen. Vorgesehen sei auch, das Gebührenverzeichnis fortlaufend zu aktualisieren und dadurch ein Veralten zu verhindern.

„Mehr Geld, weniger Stress Immer mehr Aufgaben, zu wenig Personal: An diesem Montag starten die Tarifverhandlungen für Erzieher“, Tagesspiegel online, Ausgabe vom 16. Mai 2022.

Seit dem 16. Mai 2022 verhandelten ver.di und der dbb beamtenbund und tarifunion mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) – bis 18. Mai 2022 (Mittwochmittag) war das Hotel gebucht.

Die Auseinandersetzung drehte sich um Geld und Zeit für 330 000 Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der

Kommunen. ver.di wollte eine höhere Eingruppierung durchsetzen und begründet das mit den gestiegenen Anforderungen. Ferner sollten Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich Freizeit bekommen, sogenannte Entlastungstage, wenn sie besonders unter Stress stehen. „Wir werden ohne Entlastung keinen Abschluss machen“, kündigt Christine Behle, Verhandlungsführerin von ver.di, an. Das wird schwierig.

„Die Vorstellungen der Gewerkschaften sind indiskutabel“, heißt es aus der VKA. „Mehr freie Tage würden dazu führen, dass die Arbeit von den anderen Kolleginnen und Kollegen erledigt werden muss.“

Das Ergebnis vom 18. Mai 2022 sieht folgendermaßen aus:

„Aufwertung und Entlastung erreicht!“ titelt der dbb beamtenbund und tarifunion auf seiner Homepage und verkündet, dass mit einer Zulage von mindestens 130 Euro monatlich und zwei Generationstagen pro Jahr ab 1. Juli 2022 „mit diesem Abschluss das Berufsfeld aufgewertet wurde“. Wirklich?

„dbb Frauenchefin plädiert für neue Karrieremodelle“, Staatsanzeiger, Ausgabe vom 6. Mai 2022. Mit guter Bezahlung, familienfreundlichen Arbeitsbedingungen, neuen Modellen und echten Aufstiegschancen können nach Ansicht des Deutschen Beam-

tenbundes (dbb) qualifizierte weibliche Fachkräfte für den öffentlichen Dienst gewonnen werden. „Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst wird sich nicht von allein lösen. Das erfordert ein Umdenken bei den Dienstgebenden. Jetzt sind sie es, die sich als faire, flexible und familienorientierte Arbeitgebende bei den Fachkräften bewerben müssen – und die wichtigste Zielgruppe sind hier aktuell die vielen gut ausgebildeten Frauen“, sagt die dbb Frauenchefin Milanie Kreutz. Kreutz fordert deshalb mehr Kreativität und Mut, sich in den Verwaltungen neuen Karrieremodellen zu öffnen.

„Führungspositionen müssen für Teilzeitkräfte ermöglicht werden. Der öffentliche Dienst bietet sich hier als optimales Testumfeld an“, sagt Kreutz. In den Bundesbehörden gebe es schon Pilotprojekte, die teilweise bereits Schule gemacht haben. „Auch für andere Bereiche sollte sich die Politik diesen Modellen öffnen“, fordert Kreutz, die großflächige Pilotprojekte für die gesamte Bundesverwaltung anregte. Darüber hinaus müssten ihrer Ansicht nach neue steuerpolitische Anreize geschaffen werden, die Frauen hinderten, in die Klischeefalle der „Zuverspielterin“ zu tappen.

Die Absicht der Bundesregierung, die Steuerklassen III und V abzuschaffen, bezeichnete Kreutz hier als „einen

guten ersten Schritt“. Jedoch sei man auch von einer gleichstellungsfördernden Familienbesteuerung noch weit entfernt. Vor allem getrenntlebende Eltern und Alleinerziehende sowie Familienkonstellationen mit Kindern müssten steuerlich besser gestellt werden.

„Mobiles Arbeiten braucht klaren Regelungsrahmen“, Staatsanzeiger, Ausgabe vom 13. Mai 2022. Betriebs- und Personalräte sollen nach Ansicht des dbb eine entscheidende Rolle spielen, wenn Regelungen zum mobilen Arbeiten im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Dazu seien klare Rahmenbedingungen nötig, um beispielsweise die Beschäftigten vor Selbstausbeutung zu schützen. „Bei der Anpassung an die jeweiligen Betriebe oder Dienststellen im öffentlichen Dienst müssen zudem unbedingt die Betriebs- und Personalräte eingebunden werden“, sagt Silberbach. Schließlich sei mobiles Arbeiten aus der heutigen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. „Die Vorteile für die Beschäftigten sind vielfältig, etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch der Wegfall der Fahrt ins Büro“, betont Silberbach. Sowohl die Betriebs- und Personalräte als auch die Gewerkschaften sollten daher umfassende Rechte eingeräumt bekommen, um mit ihren Kollegen auch im Homeoffice Kontakt aufnehmen zu können. *cm*

dbb bundesjugendtag 2022

Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.

Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend. Unter diesem Motto fand vom 6. bis zum 7. Mai 2022 der bundesjugendtag der dbb jugend statt. Zu diesem Anlass wurde die komplette Bundesjugendleitung neu gewählt.

Wir gratulieren dem neuen Bundesjugend-Vorsitzenden Matthäus Fandreyewski sowie Sandra Heisig, Daria Abramov, Claudio Albrecht und Toni Nickel zur Wahl und wünschen für die kommenden fünf Jahre viel Erfolg.

Die über 145 inhaltlichen Anträge, über die der dbb bundesjugendtag an diesen beiden Tagen abgestimmt hat, bringen herausfordernde Aufgaben für die Bundesjugendleitung mit. Natürlich hat sich auch die vbob jugend dort mit Anträgen beteiligt, die alle angenommen wurden. Der Fokus der Anträge lag auf dem demografischen Wandel. Der öffentliche Dienst wird in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in den Ruhestand schicken. Diese freien Stellen müssen dann neu besetzt werden. Sachgrundbefristete Verträge sind dabei ein großes Hindernis. Mit solchen Verträgen wird der Jugend keine langfristige Zukunftsplanung ermöglicht und sorgt eher dafür, dass sich die jungen und gut ausgebildeten Leute einen anderen Arbeitgeber suchen. Deswegen fordern wir auch eine unbefristete Übernahme für die Auszubildenden im öffentlichen Dienst.

Die offenen Stellen werden nicht ausschließlich im mittleren Dienst zu finden sein, sondern auch den gehobenen Dienst betreffen. Deswegen ist es wichtig, ambitionierten Mitarbeitern Aufstiegschancen zu geben. Diese Aufstiegschancen sind aktuell für Beamte und auch Tarifbeschäftigte noch



> Frank Gehlen mit den Delegierten der vbob jugend: Denis Börner, Katja Krupp und Marcel Oehm

unterschiedlich ausgeprägt. Hier fordern wir eine Anpassung an die Möglichkeiten, die die Beamten bei ihrem Aufstieg an der Hochschule des Bundes haben. Aktuell müssen alle Tarifbeschäftigten ein Fernstudium dort absolvieren, während Beamte auch an einem Präsenzstudium teilnehmen. Dieser Missstand muss dringend angepasst werden.

Um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, reicht es jedoch nicht aus, allen Auszubildenden einen unbefristeten Vertrag anzubieten. Die Anzahl der Auszubildenden ist zu gering, um dieses Defizit

auszugleichen. Innerhalb der nächsten acht Jahre scheiden bis zu 1,2 Millionen Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst aus. Deswegen ist es auch wichtig, dass nun in die Ausbildung investiert wird. Noch ist ein Wissenstransfer möglich. Deswegen müssen dringend neue Kapazitäten geschaffen werden, um die Zahlen der Auszubildenden deutlich zu erhöhen. Während der Öffentlichkeitsveranstaltung konnte dann auch noch mit dem Bundesvorsitzenden des vbob der Austausch gesucht werden.

Im Anschluss an den dbb bundesjugendtag wurde im

Bundesjugendausschuss die Jugendpolitische Kommission gewählt. Auch hier wünschen wir den gewählten Mitgliedern alles Gute und viel Erfolg für die kommende Amtszeit. Neue Mitglieder des Gremiums sind: Vorsitzender Maximilian Schmieding (Junge Philologen), sein Stellvertreter Michael Haug (Junge Polizei). Weitere Mitglieder sind Alexander Lipp (Junger VBE), Anne Klotz (Junger DBSH), Dominik Konther (Gewerkschaft der Sozialverwaltung/dbbj Bayern), Janna Melzer (DVG Jugend/dbbj hessen) und Tim Lauterbach (BDZ Jugend). tdg

© Hannes Garske, vbob